

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023  
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Landesberatungsstelle Gründung und Kooperation kommunaler und kreiseigener Wohnungsbaugesellschaften**

Einzelplan 07 **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 01 Bezeichnung Ministerium

Produktnummer 002 Bezeichnung Landesentwicklung und Energie Wohnungswesen und Städtebau

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	29.041.500	100.000	29.141.500

Liquidität			
<b>Einnahmen</b>			
<b>Ausgaben</b>			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
<b>Produktserfolgsplan</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	28.866.000	100.000	28.966.000
<b>Liquidität</b>				
<b>Einnahmen</b>				
<b>Ausgaben</b>				

**Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)**

**Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags**

Als Reaktion auf steigende Mieten und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum versuchen Kommunen mehr Einfluss auf den lokalen Wohnungsmarkt zu nehmen. Hierfür ist eine kommunale bzw. kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, die gemeinwohlorientiert handelt, ein wichtiges Instrument. Dort, wo eine solche Gesellschaft nicht oder nicht mehr besteht, wird vielfach eine Neugründung diskutiert oder diese bereits versucht. Erfahrungsgemäß bedarf ein solches Vorhaben eines hohen Maßes an Kompetenzen in Fragen der Wohnungswirtschaft, der Kommunalfinanzen und der Verwaltung. Gleiches gilt auch für die Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit in diesem Feld. Um zu verhindern, dass diese Hürden die Neugründung und Kooperation kommunaler und kreiseigener Wohnungsbaugesellschaften verhindern oder entsprechende Projekte in Probleme geraten, wird eine Landesberatungsstelle eingerichtet. Ergänzend zur bereits bestehenden Servicestelle Wohnen der Hessen Agentur berät, begleitet und unterstützt diese Landesberatungsstelle Städte und Gemeinden auf dem Weg der Neugründung oder Kooperation kommunaler Wohnungsbaugesellschaften.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Jan Schalauske**